

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Horst Peter MdB verlangt eine  
Armutserichterstattung der  
Bundesregierung: Die Gesell-  
schaft sozial wiedervereinigen.  
Seite 1

Heinz Oskar Vetter MdEP ver-  
urteilt das jüngste Staatssekre-  
tär-Treffen der EG-Länder:  
Asylrecht ist Angelegenheit  
von Parlamenten, nicht von  
Beamten.  
Seite 4

Florian Gerster MdB und Pe-  
ter Zumkley MdB kommentieren  
die neue Reservisten-  
Konzeption für die Bundes-  
wehr: Der Praxistest steht  
noch bevor...  
Seite 5

42. Jahrgang / 241

17. Dezember 1987

Die bundesdeutsche Gesellschaft sozial wiedervereinigen

Die Biedermänner der Koalition dreschen nationale Phrasen  
statt sich auf die Probleme zu konzentrieren

Von Horst Peter MdB

Im Sommer hatte, während die wirtschaftliche Konjunktur Urlaub  
nahm, die nationale Frage Hochkonjunktur. Einige randständige  
Abgeordnete der Koalition, Friedmann und Lambsdorff, die wohl  
während des Geschichtsunterrichts auf den hinteren Bänken saßen,  
exhumierten die Phrase der nationalen Wiedervereinigung. Sie  
wollten stören und von den Dingen ablenken, die tatsächlich getan  
werden müssen. Diese Störmanöver am Rande der Abrüstungsde-  
batte gingen selbst dem Bundeskanzler Kohl auf den Nerv, der die  
Gelegenheit nutzte, um sich als nachdenklicher Politiker zu prä-  
sentieren, und sich gegen die Verknüpfung der Abrüstungsdebatte  
mit der nationalen Frage aussprach.

Kohl hätte Bismarcks politischen Grundsatz, „wir müssen mit den  
Realitäten wirtschaften und nicht mit Fiktionen“, in die Diskus-  
sion einbringen müssen. Er hätte hinzufügen müssen, daß die Ener-  
gie und Phantasia, die für die Wiederbelebung der Phraseologie  
von der Einheit der Nation, der nationalen Wiedervereinigung,  
entwickelt wird, gegenwärtig dringlicher auf die bundesdeutsche  
Teil-Nation, die bundesdeutsche Gesellschaft gerichtet werden  
müssen. Wer wirklich um die Einheit der Nation besorgt ist, der  
sollte sich auf das gegenwärtig Naheliegende und Machbare kon-  
zentrieren, sollte seine Energien und seine Politik auf die soziale  
Wiedervereinigung der bundesdeutschen Gesellschaft konzentrie-  
ren. Was die Koalition und ihre akademischen Stützen um Stürmer  
und Nolte in den letzten Jahren an nationaler Phraseo-  
logie aufboten, dies soll von dieser Realität der bundesdeutschen  
Gesellschaft ablenken, von der Spaltung der bundesdeutschen Ge-  
sellschaft. An dieser Entzündung eines sozialen Flächenbrandes  
sind als Brandstifter die Biedermänner Kohl, Bangemann, Hauss-  
mann, Friedmann, Lambsdorff gemeinsam an vorderster Front  
beteiligt. Gegenüber diesen Biedermännern wäre ein Vermum-  
mungsverbot auf jeden Fall angebracht.

Jetzt im Winterhalbjahr wird wieder die EG-Winterhilfe ins Werk  
gesetzt, was uns Deutsche an das Winterhilfswerk erinnert. Die

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
on recycled paper  
Recycling-Paper



Realität der Bundesrepublik ist: seit 1982 erleben wir tagtäglich eine Politik der Spaltung und Teilung der Nation. Was die Kommentatoren der deutschen Presse nach den englischen Wahlen für Thatcher-Land bemerkten, was Thatcher mit ihrer „Revolution“ - auch Reagan sieht sich als „Revolutionär“ -, der Politik der „radikalen Reformen“ (so die FAZ, die, wie man sieht, Revolution, Radikalität und Reformen nicht prinzipiell ablehnt), in Großbritannien angerichtet hat, die Zweiteilung Großbritanniens, das vollzieht sich längst auch hier: die Herausbildung einer Gesellschaft, die in „zwei Nationen“ zerfällt. Strauß nahm einmal für sich in Anspruch, der deutsche Thatcher zu sein!

Die Spaltung der Gesellschaft in zwei Nationen, das versteckt sich hinter so wohlfeilen Formeln wie 2/3-Gesellschaft, Nord-Süd-Gefälle, Lagertheorie. Die Politik der Wenderegierung hat eine „Apartheid-Ökonomie“ hergestellt, deren Prinzip ist, daß „wenige nichts mehr haben, während die meisten auf Kosten dieser wenigen ihren Besitzstand retten“ (Joseph Huber). Das konservative Projekt beruht auf der Exklusion eines großen Teils der Gesellschaft. Klassischer Ausdruck für diese Politik sind Vorschläge wie der des FDP-Generalsekretärs Hausmann, Arbeitslose mit niedrigeren Löhnen einzustellen als dies in den entsprechenden Tarifverträgen vorgesehen ist.

Die „Fiction“ der nationalen Frage wird von den Wendeleuten gegen die Realität der von ihnen selbst geschaffenen neuen sozialen Frage gestellt: Wie sieht denn die wahre Lage der Nation aus? 1985 hatten nach DIW-Berechnungen von 1,93 Millionen Selbständigen-Haushalten 72 Prozent ein verfügbares Monatseinkommen von mehr als 6.000 DM. Von den 13,2 Millionen Arbeitnehmer-Haushalten verfügten knapp zehn Prozent über ein Monatseinkommen von mehr als 6.000 DM. Von 9,2 Millionen Rentner-Haushalten übersprangen nur noch fünf Prozent diese Marke. Die Selbständigen-Haushalte erreichten 1982 bis 1985 ein Plus von 19.000 DM und erreichten 1985 im Schnitt 121.295 DM, die Arbeitnehmerhaushalte ein Plus von 4.231, im Schnitt 47.461 DM jährlich. Die Rentnerhaushalte bekamen 1.664 DM und erreichten einen Schnitt von 29.338 DM. Die Arbeitslosenhaushalte büßten jedoch 1.134 DM ein und sanken auf einen Schnitt von 20.006 DM.

Zu dieser Politik gehört die Entindustrialisierung, die soziale Verwüstung und Versteppung der alt-industriellen und der strukturschwächeren Regionen. Die Bundesrepublik wird auch geographisch geteilt, den Metropolen im Süden stehen die in jeder Weise peripheren Regionen im Westen und Norden gegenüber, eine bundesdeutsche „Dritte Welt“. Während die ehemaligen Stahlkonzerne wie Thyssen gut verdienen und ihren Aktionären wieder fünf DM Dividende zahlen, überlassen diese Konzerne ihre abgekoppelten Stahl-Töchter und die Bundesregierung die betroffenen Regionen sich selbst. Liquide sind ja nicht nur die Mutterkonzerne, auch die Bundesregierung und die bundesdeutsche Gesellschaft wären in der Lage, finanziell beizuspringen, wenn man wollte. Abgekoppelt von der großen Wohlstandshäre Bundesrepublik werden große Teile der jüngeren und der älteren Generation, die strukturschwächeren Regionen, die im Verständnis der Konservativen nicht Leistungsfähigen und Leistungswilligen, die Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger, Kranke, die Unterbeschäftigten in ungesicherten Arbeitsverhältnissen. In früheren Jahrhunderten haben Bevölkerungstheoretiker wie Malthus diese unterbeschäftigten und unterversorgten Menschen zur „Surplus“-Bevölkerung erklärt, sahen sie schlicht als überflüssig an.

Bildung und Gesundheit werden in dieser Gesellschaft wieder vom selbstverständlichen Bürgerrecht zur käuflichen Ware. Dies ist die Perspektive der Blümschen Reaktion im Gesundheitswesen, die als Strafexpedition gegen die Kranken und Alten angelegt, mit dem Wegfall des Sterbegeldes selbst den Tod zum finanziellen Risiko in den Arbeitnehmerhaushalten macht und den Tod finanziell bestraft. Heinrich Heine reimte einmal: „Wenn du aber gar nichts hast, so lasse dich begraben, denn ein Recht zu leben, haben nur, die, die etwas haben.“ Nach der Blümschen Reaktion im Gesundheitswesen können sich die Armen noch nicht einmal mehr begraben lassen, noch nicht einmal mehr den Tod leisten.

Die Wende in Hessen hat das schulische Dreiklassen-Wahlrecht zurückgebracht. Das Abitur soll wieder Eintrittsbillet für A 13 sein, der Zugang zum Abitur beschänkt werden auf die Kinder der Eltern, die schon A 13 haben. Diese Gesellschaft meint, sich zwei Millionen Arbeitslose und einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften leisten zu können.

Eine Nation schützt sich mit ihrem staatlichen Apparat gegen ihre Gegner. Dies vollziehen die Konservativen im Innern mit der innerstaatlichen Feindklärung gegenüber den Abgekoppelten, Ausgegrenzten, Überflüssigen, Andersdenkenden nach. Auf parlamentarisch-politischer Ebene begründet Geißler dies mit der Lager-Theorie. Das „Regime der Ökonomie“ betreibt mit seiner Haushaltspolitik die Entdemokratisierung der Staatsaufgaben. Der Staat wird seiner sozialstaatlichen Funktionen entkleidet und auf den Repressionsstaat zurückgeführt. Intellektuellen Flankenschutz geben die akademischen Stützen Kohls, geben die Pädagogen („Mut zur Erziehung“) und Historiker, die die Entwestlichung des Verfassungsverständnisses und des Geschichtsverständnisses, die Abkoppelung von der abendländisch-westlichen demokratischen Tradition und den Rekurs auf das preußisch-deutsche obrigkeitstaatliche Verfassungsverständnis betreiben. Die Konservativen treiben sozialplanerische Vorsorge. Der soziale Konflikt soll nach außen gelenkt werden, von der Misere der Gegenwart soll in große Vergangenheit und in eine noch größere „Zukunft“, die vielleicht im All liegt, abgelenkt werden. Dieser neue Hurra-Patriotismus soll den sozialen Bürgerkrieg (M. Stürmer) verhindern, indem die Realität der Nation übertüncht wird. Ein Chauvinismus aus Verführung statt einem Patriotismus aus Interesse.

Der Obrigkeitstaat marschiert. Die Gewerkschaften werden auf amerikanisches Niveau zugerichtet, die betriebliche und wirtschaftliche Mitbestimmung zerstört, die parlamentarische Opposition wird ausgegrenzt, der soziale Protest wird in Apathie, Resignation und besinnungslose Gewalt getrieben, dem mit der Verschärfung der Sicherheitsgesetze begegnet wird - der Wiedereinführung des Landfriedensbruchparagrafen wird die Vorbeugehaft für Demonstrationsstraftäter folgen -, der Ausdehnung des Sektors der Wahlenthaltung auf der einen Seite entspricht auf der anderen Seite die Ablehnung des Ausbaus der demokratischen Beteiligungsrechte. Nation nannte Seuma „eine große Volksmasse, die Anteil an ihren öffentlichen Verhandlungen hat“. Nimmt man dies als Maßstab, so muß man erkennen, daß Ziel und Ergebnis der konservativen Politik der Ausschluß eines großen Teils der bundesdeutschen Nation vom sozialen, kulturellen und politischen Lebenszusammenhang der Gesellschaft ist.

Wer sich wirklich um den Zustand unserer Nation sorgt, sollte, bevor er über die Elbe-Grenze oder gar die Oder-Neisse-Grenze blickt, sein Auge auf den Zuständen zwischen Rhein und Elbe verweilen lassen. Über die Lage der Nation zu berichten, bedeutet dann, um die Wiedervereinigung der bundesdeutschen Gesellschaft besorgt zu sein. Beginnen könnte die Bundesregierung mit einem zweiten Bericht zur inneren Lage der Nation, mit einer regelmäßigen Armutsberichterstattung, damit ihr Blick geschärft wird für die Folgen ihrer Politik. Wenn diese Regierung einmal abgetreten ist, wird sie einen Trümmerhaufen hinterlassen haben, dann muß tatsächlich mit einem Wiederaufbau begonnen werden.

(-/17.12.1987/vo-he/rs)

\* \* \*

**Asylrecht ist Angelegenheit von Parlamenten, nicht von Beamten**

**Zum Treffen der Staatssekretäre der EG-Länder**

Von Heinz Oskar Vetter MdEP

Asylbeauftragter der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Die Treffen der Staatssekretäre, die zuständig sind für die Umsetzung des Schengener Abkommens, richten sich gegen die europäische Integration und bedeuten eine Entmündigung der Abgeordneten in allen europäischen Parlamenten.

Das Europäische Parlament verurteilte bereits in einer Entschließung vom 18. Juni 1987 ähnliche Bestrebungen der Ad-Hoc-Gruppe TREVI, die „entgegen der Forderung des Europäischen Parlaments wichtige Beschlüsse zur Visa- und Asylpolitik gefaßt und damit elementare demokratische Gepflogenheiten verletzt hat“. Die Bundesregierung verfolgt somit weiterhin eine Harmonisierung der Asylpolitik außerhalb der demokratischen Strukturen der Europäischen Gemeinschaft.

Es ist nicht einsehbar, wieso sich in der Europäischen Gemeinschaft sogenannte Expertengruppen der Regierungen treffen und sich mit fast identischen Fragen des Asylrechts und der Asylpolitik beschäftigen, die darüber hinaus eindeutig im Regelungsbereich der Europäischen Gemeinschaft liegen.

Weder Vertreter des Europäischen Parlaments, der EG-Kommission noch der Flüchtlingsorganisationen und -verbände sind an den Beratungen nach dem Übereinkommen von Schengen und an der von den für Einwanderungsfragen zuständigen Ministern der EG-Mitgliedstaaten eingesetzten Arbeitsgruppe TREVI, mit Sitz und Stimme beteiligt. In der Ad-Hoc-Arbeitsgruppe TREVI darf ein Kommissionsbeamter als Beobachter teilnehmen. Was in diesen Gremien letztendlich beschlossen wird, kann nicht überprüft werden und müssen deshalb wegen der geringen Transparenz als Geheimkonferenzen angesehen werden. Außerdem finden sie im „parlamentarfreien Raum“ statt und unterliegen weder der nationalen oder europäischen Kontrolle durch gewählte Volksvertretungen.

Diese „Demokratielücke“ kritisiert auch die CDU/CSU. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament Luster: „Die Europäische Gemeinschaft braucht vom Parlament bestimmtes Bürgerrecht und nicht von Beamten geschneidertes Diplomatenrecht.“ Die Bundesregierung übernimmt am 1. Januar 1988 die Ratspräsidentschaft in der EG. Dort kann sie beweisen, daß sie den Forderungen nachkommt und vor allem Geheimkonferenzen abschafft.

Auch wenn das Europäische Parlament noch nicht die Rechte, wie zum Beispiel der Deutsche Bundestag hat, so steht außer Zweifel, daß die Europäische Gemeinschaft eine Zuständigkeit zur Regelung des Asylrechts in der EG hat. Das Entscheidungssystem in der EG sieht eindeutig vor, daß nach Vorlage eines Gesetzentwurfes durch die EG-Kommission das Europäische Parlament konsultiert werden muß, bevor der EG-Ministerrat Entscheidungen treffen kann. Nach Ankündigung der EG-Kommission soll in den nächsten Wochen ein Gesetzentwurf zur Asyl- und Visapolitik vorgelegt werden. Durch die Geheimgespräche wird eine Behandlung dieser Fragen durch EG-Gremien überflüssig.

Nach den bisherigen Aktivitäten kann jedoch nur die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die Bundesregierung unter dem Vorwand der Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes bis 1992 einen totalen Umbau der Bundesrepublik in der Rechts- und Sozialpolitik vornehmen will. Die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes darf nicht zum trojanischen Pferd konservativer Systemveränderer werden, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen.

(-/17.12.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



Der Praxistest steht noch bevor...

Zur neuen Reservistenkonzeption für die Bundeswehr

Von Florian Gerster MdB und Peter Zumkley MdB

Die neue Reservistenkonzeption trägt die Unterschrift des Verteidigungsministers. Folgen werden, folgen müssen die Konzeptionen für die Teilstreitkräfte, die Weisungen der Inspektateure und Realisierungspläne. Die Konzeption gilt als eines der größten Reformvorhaben seit Aufstellung der Bundeswehr.

Was bisher vorliegt, sind „Rahmenrichtlinien“ für die Umsetzung in Heer, Luftwaffe und Marine. Mit vernünftigen, aber auch mit unrealistischen Zielvorgaben und Wegbeschreibungen. Nicht mehr und nicht weniger. Die Konzeption kommt spät - zu spät? -, obwohl die drohenden Entwicklungen für Personal und Finanzen der Bundeswehr seit langem bekannt sind.

Die Konzeption ist zur Zeit nur Absichtserklärung, da die in der Planung befindliche neue Heeresstruktur als entscheidende Rahmenbedingungen der größten Teilstreitkraft für Ausbildung und Verwendung von Reservisten erst im nächsten Jahr vorliegen wird. Spannender als die Konzeption für die Bundeswehr wird also die Vorlage der Reservistenkonzeption des Heeres werden. Erst dann kann bewertet werden, ob die Reservistenkonzeption für die Bundeswehr mit ihren durchaus weiterführenden Ansätzen der Realität gerecht werden kann. Schon heute weiß man: 456.000 Mann ständig aktive Soldaten als „operatives Minimum“ werden nicht zu halten sein. Das Heer wird in den 90er Jahren mehr Ähnlichkeiten mit alternativen Strukturmodellen haben, als ängstliche Bewahrer des Status Quo für möglich halten. Sperrbrigaden, Kaderung auch von Kampfverbänden in der Vorne-Verteidigung, Milliz-ähnliche Verwendung von Reservisten im Heimatschutz werden die Bundeswehr einer eindeutigen Defensivstruktur nahebringen - wie man dies auch immer offiziell nennen wird.

Zu den unrealistischen Zielvorgaben zählt die anvisierte Zahl von 15.000 Wehrübungsplätzen mit rund 400.000 Einberufungen jährlich. Dies wird von der aktiven Truppe und der Bundeswehrverwaltung nicht zu verkraften sein. Erinnert sei an das gleichermaßen vordringliche Ziel wirksamer Dienstzeitentlastung für die aktiven Soldaten. Wenn die Bundeswehr als Arbeitsplatz in den nächsten Jahren nicht attraktiver wird, wird die Gewinnung längerdienender Soldaten und die Begrenzung des Anteils von Wehrdienstverweigerern kaum zu vermeiden sein. Trotzdem gilt: an der Akzentverschiebung - vor allem in den Landstreitkräften - vom Präsenzheer zum Ausbildungsheer führt kein Weg vorbei.

Den Reservisten wird in den bundesdeutschen Streitkräften der 90er Jahre eine nie dagewesene Bedeutung zuwachsen. Wegen der schwachen Jahrgänge können wir es uns nicht mehr leisten, junge Männer nach ihrem Grundwehrdienst nur sporadisch - oder gar nicht - zu Wehrübungen heranzuziehen. Um die Bereitschaft zu wesentlich intensiverer Übungsaktivität zu wecken, sind alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte gefordert.

Notwendig ist die freiwillige Einsicht des Reservisten in die Sinnhaftigkeit seiner Tätigkeit. Hier muß sich das Verteidigungsministerium einiges einfallen lassen, um dem hohen Anspruch einer „sinnvollen und fordernden Dienstgestaltung“ gerecht zu werden. Zu begrüßen ist, daß die Streitkräfte alle planbaren Übungen ein Jahr im voraus ankündigen wollen. Die Absicht zur besseren sozialen Absicherung ist zu begrüßen; ihre Realisierung wird schwer sein. Zu überdenken wäre das „amerikanische Modell“ wesentlich verbesserter materieller Entlohnung von Reservisten aus Ausgleich für zusätzliche Belastungen.



Wir empfehlen der politischen Führung der Hardthöhe auch die Durchführung von Truppenversuchen. Mit diesem Instrument könnten Alternativen einer Miliz-ähnlichen Reservistenverwendung und beispielweise das Modell einer „gespaltenen Wehrpflicht“ erprobt werden. (Längerer Grundwehrdienst in „Kernverbänden“ gegenüber verkürztem Grundwehrdienst in „Mantelverbänden“ mit verstärkter Übungstätigkeit).

Zentrale Bedeutung für die Tragfähigkeit eines zukunftsweisenden Reservistenkonzepts ist schließlich die allgemeine Akzeptanz der Verteidigungspolitik in Bund und Bündnis. Die Rückentwicklung von Atomwaffen zu politischen Waffen und die Umorganisation der Streitkräfte mit dem Ziel einer eindeutigen Defensivstruktur werden die Grundzustimmung auch zu einer deutlich erhöhten Bedeutung des Elements Reservisten in den Streitkräften erleichtern.

Reservisten b i s h e r waren eher

- Zähl-Soldaten
- ohne gezielte Ausbildung
- ohne feste Bindung an ihren Truppenteil.

Reservisten k ü n f t i g bedürfen

- der Überzeugung, so gebraucht zu werden, wie aktive Soldaten,
- der Übertragung von Verantwortung und der dafür notwendigen Ausbildung,
- einer „militärischen Heimat“ in ihrem Truppenteil.

Für die Umsetzung einer realistischen und zukunftsweisenden Reservistenkonzeption sagen wir die Mitwirkung der Sozialdemokraten zu. (~/17.12.1987/vo-ha/rs)

\* \* \*